



NEWSLETTER MAI

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

im Dezember hat die Große Koalition das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 im Bundestag verabschiedet, welches die Kraftwerksbetreiber verpflichtet, 22 Mio. Tonnen CO₂ bis 2020 einzusparen. Doch bereits vier Monate später scheint das Papier von Schwarz-Rot nicht mehr das wert zu sein, auf dem es steht. Denn nach dem Vorschlag der Einführung einer ‚Klimaabgabe‘ für alte Kohlekraftwerke vom Bundeswirtschaftsministerium um genau dieses Ziel der CO₂-Reduktion von 22 Mio. Tonnen zu erreichen (notwendig wären eigentlich 70 Mio. Tonnen), rennen CDU/CSU und Teile der SPD Sturm gegen diesen Entwurf. Das ist schizophren. Doch dieses Beispiel ist exemplarisch für die Politik der rot-schwarzen Bundesregierung. Es wird immer offensichtlicher: Diese Bundesregierung ist nicht in der Lage oder willens, sich den Hausforderungen des Klimaschutzes zu stellen.

Dagegen setzt in NRW Klimaschutzminister Johannes Remmel für die Landesregierung positive Akzente: Mit der Verabschiedung des Klimaschutzplans vor wenigen Wochen schafft NRW einen Werkzeugkasten für einen umweltfreundlichen und nachhaltigen Umbau und ist damit beispielgebend für ganz Deutschland. Für alle entscheidenden Bereiche – von den Erneuerbaren Energien über die Wärmeversorgung und Effizienzpotentiale bis zur Verkehrswende und einer klimafreundlichen Landwirtschaft – werden zentrale Strategien und Ziele beschrieben und mit Maßnahmen hinterlegt, bei denen es um eine Ausrichtung und Umsetzung der Klimaschutz- und Klimaanpassungsbemühungen in NRW geht.

Doch lesen Sie und ihr am besten selbst mehr über diese und weitere spannende Themen in meinem aktuellen Newsletter.

Viel Spaß dabei wünscht
Ihnen/euch
Oliver Krischer

Energie/Umwelt

- 1) Streit um Braunkohle-Zukunft: Vorschlag ist absolutes Minimum**
- 2) Bundesregierung verabschiedet Fracking-Ermöglichungsgesetz im Kabinett**
- 3) NRW verabschiedet Klimaschutzplan**
- 4) Atomrückstellungen: Fonds ist beste Reformoption**
- 5) Kleinanlegerschutz-Gesetz überzeugt nicht**
- 6) Gefährliche Legionellen aus Industrieanlagen**

- 7) Die schmutzigsten Orte in Deutschland
- 8) Nachhaltige Stadtentwicklung voranbringen
- 9) Bundestagsrede zum Energieleitungsausbau-Gesetz
- 10) Studie: Weiteres Festhalten am Erdöl führt zu Preiskollaps
- 11) Auswertung Fachgespräch: Ölpreisentwicklung
- 12) Kinotipp zum Kohleabbau: ‚La buena vida – Das gute Leben‘

Agrar/ Ernährung

- 13) Energy Drinks: Schwarz-Rot rechnet sich Gefahr schön
- 14) Die Zukunft der Milcherzeugung nach Ende der Milchquote
- 15) Schwarz-Rot ignoriert Handlungsbedarf bei nachhaltiger Waldbewirtschaftung
- 16) Kinotipp zur Welternährung: ‚10 Milliarden – Wie werden wir alle satt?‘

Verkehr/ Bauen/ Wohnen

- 17) Öffentlich-Private Partnerschaft – Reine Preistreiberei?
- 18) Beim Fluglärm ist die Bundesregierung untätig

Energie/Umwelt

1) Streit um Braunkohle-Zukunft: Vorschlag ist absolutes Minimum

Vor wenigen Wochen hat das Bundeswirtschaftsministerium einen Vorschlag zur Reduktion von 22 Mio. Tonnen CO₂ im Kraftwerkspark bis 2020 gemacht. Zur Erreichung des Klimaschutzziels wären eigentlich 70 Mio. Tonnen nötig. Doch seitdem malt eine Ganz Große Koalition von RWE und Vattenfall über Gewerkschaften bis hin zu großen Teilen der Union und SPD ein Untergangsszenario an die Wand, welches an Übertreibungen und Populismus nicht zu überbieten ist. Weder sind 100.000 Arbeitsplätze dadurch gefährdet, noch droht das sofortige Aus der gesamten Braunkohleverstromung. Am vergangenen Samstag wurden Beschäftigte in Bussen aus dem Rheinischen Braunkohlerevier und der Lausitz nach Berlin gekarrt, um gegen einen Klimabeitrag der Braunkohle zu demonstrieren. Wir erwarten von Bundeswirtschaftsminister Gabriel jetzt, dass er den abstrusen Forderungen der Braunkohlelobby nicht nachgibt. Alles andere wäre ein Offenbarungseid beim Klimaschutz. Gabriel, aber insbesondere auch Bundeskanzlerin Merkel und die Große Koalition insgesamt, müssen nun zeigen, ob sie auf der Seite der Energiezukunft oder auf der der Braunkohle-Veränderungsverweigerer stehen. Weitere Infos dazu finden sich [HIER](#). Der gesellschaftliche Wille für die Energiewende und gegen die klimaschädliche Kohle ist da, wie die Anti-Kohle-Menschenkette am Tagebau Garzweiler in NRW am vergangenen Samstag zeigte. Weitere Infos dazu finden sich [HIER](#). Außerdem hier mein [aktueller Beitrag zum Thema](#) sowie ein [Brief von zehn grünen MinisterInnen an Wirtschaftsminister Gabriel](#) mit der Forderung nach einem klaren Bekenntnis für das Festhalten am Klimaschutzziel.

2) Bundesregierung verabschiedet Fracking-Ermöglichungsgesetz im Kabinett

Am 1. April hat das Bundeskabinett die Gesetzentwürfe zum Thema Fracking verabschiedet, die Anfang Mai in den Bundestag eingebracht werden. Damit geben CDU/CSU und SPD den Forderungen der Erdgas- und Bergbaulobby weitgehend nach. Die Große Koalition schafft damit ein Einfallstor für die Risiko-Technologie. Stattdessen sollten die beiden zuständigen SPD-Bundesminister Hendricks und Gabriel die Bedenken der Bevölkerung und die Risiken des Fracking ernst nehmen. Wie die meisten Bundesländer über alle Parteigrenzen hinweg fordern wir eine gesetzliche Regelung, die Fracking in Deutschland verhindert. Doch die Bundesregierung macht das Gegenteil und schafft ein Fracking-Ermöglichungsgesetz. Weitere Infos [HIER](#).

3) NRW verabschiedet Klimaschutzplan

„Wir wollen das Klimaschutzland Nummer Eins in Deutschland werden“, kündigte der Grüne Klimaschutzminister Johannes Remmel in Düsseldorf an, nachdem das Kabinett in seiner Sitzung am 14. April 2015 den [Entwurf für den Klimaschutzplan NRW](#) verabschiedet hatte. Mit dem vorgestellten Entwurf des Klimaschutzplans ist NRW auf einem guten Weg dahin. Damit bietet die rot-grüne Landesregierung einen Werkzeugkasten an, der den Klimaschutz nicht von oben verordnet, sondern ihn von unten gestalten lässt. Eine breite Beteiligung von gesellschaftlichen Akteuren, Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürgern wird auch im weiteren Verfahren ein Hauptelement des Klimaschutzplans bleiben. Mehr Infos zum Verfahren und Details gibt es [HIER](#).

4) Atomrückstellungen: Fonds ist beste Reformoption

Nach langer Verzögerung hat das Bundeswirtschaftsministerium endlich die Ergebnisse eines [Gutachtens](#) veröffentlicht, welches bestätigt, was eigentlich schon alle gewusst haben: Es besteht die reale Gefahr, dass die finanzielle Vorsorge der Stromkonzerne für den Rückbau der Atomkraftwerke und die Atommüllentsorgung nicht ausreicht und deshalb die milliarden-schweren Abwicklungskosten des Irrwegs Atomkraft auf uns Steuerzahler abgewälzt werden. Als Lösung des Problems empfehlen die Gutachter für die Absicherung der langfristigen Verpflichtungen den von der Grünen Bundestagsfraktion schon seit langem geforderten öffentlich-rechtlichen Fonds. Nachdem die Große Koalition es nun auch von ihren eigenen Gutachtern Schwarz auf Weiß hat fordern wir sie auf: Es darf kein Aufschieben und Aussitzen mehr geben, und auch die intransparente Vorgehensweise der Regierung muss ein Ende haben, damit am Ende nicht wir als Steuerzahler für den Irrweg Atomkraft aufkommen müssen. Alle weiteren Infos dazu [HIER](#).

5) Kleinanlegerschutz-Gesetz überzeugt nicht

Eine Regulierung aller Bereiche des Grauen Kapitalmarkts war überfällig. Dies haben zuletzt Fälle wie die Insolvenz von Prokon gezeigt. Das darf aber nicht dazu führen, dass die solidarische Ökonomie wie z. B. die vielen Bürgerenergie- oder Wohnungsgenossenschaften so stark behindert werden, dass sie nicht mehr arbeiten können. Die große Koalition hat dazu nun das „Kleinanlegerschutzgesetz“ beschlossen. Damit werden viele Grüne Forderungen verwirklicht, doch unsere Sorge, dass damit die solidarische Ökonomie teilweise abgewürgt wird, konnte die Koalition nichts vollständig ausräumen. Alle weiteren Infos dazu finden sich [HIER](#).

6) Gefährliche Legionellen aus Industrieanlagen

Legionellen stellen eine unmittelbare Gesundheitsgefahr für Menschen dar. Bei zwei größeren Legionellenausbrüchen gab es 2010 und 2013 insgesamt 223 Erkrankte und sieben Tote. In beiden Fällen waren laut Bundesregierung jeweils Kühltürme der Ausgangspunkt. In diesem Zusammenhang ist es zwingend erforderlich, dass endlich konkrete Vorgaben und Grenzwerte gesetzlich verankert werden, um solchen Ausbrüchen vorzubeugen und die Gesundheit gerade von Anliegerinnen und Anliegern solcher Industrieanlagen zu schützen. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

7) Die schmutzigsten Orte in Deutschland

Zu viel Feinstaub in Stuttgart, zu hohe Stickoxid-Werte in München: In vielen deutschen Städten werden die gesetzlichen Grenzwerte für Umweltgifte überschritten. Dabei gefährden Umweltschadstoffe Mensch und Natur. Die EU-Umweltagentur liefert erschreckende Zahlen: Allein in Europa sind demnach jährlich mehr als 400.000 Todesfälle auf Feinstaub zurückzuführen. Handeln ist also angesagt. Doch die Bundesregierung berücksichtigt weiterhin nicht Nachhaltigkeit und Gesundheitsschutz bei der Gesetzgebung, wie aus der Antwort auf eine Grüne Anfrage hervorgeht. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

8) Nachhaltige Stadtentwicklung voranbringen

Nachhaltige Stadtentwicklung heißt, die Flächennutzung sorgfältig untereinander abzuwägen und innerörtlichen Brachflächen bei der Bebauung den Vorrang zu geben, um den Außenbereich zu schützen sowie die Auswahl der Baustoffe auf den Ressourcen- und Energiebedarf zu prüfen. Damit das besser gelingt und die Nachhaltigkeitsziele vorankommen, ist die Stadtentwicklungspolitik der Bundesregierung von vorneherein stärker zwischen den relevanten Bundesministerien abzustimmen und auf Nachhaltigkeit auszurichten. Weitere Infos und unsere Forderungen finden sich [HIER](#).

9) Bundestagsrede zum Energieleitungsausbau-Gesetz

Am Freitag hat die Große Koalition ihr Änderungsgesetz zum Netzausbau im Bundestag verhandelt. Dieser Gesetzentwurf ist ein Hohn in Anbetracht der gravierenden Akzeptanzprobleme vor denen der dringend erforderliche Netzausbau steht. Statt die echten Probleme anzugehen, gaukeln Union und SPD mit diesem Entwurf vor, die Strecken bei denen die Erdverkabelung möglich wird, auszuweiten. Tatsächlich aber werden sich die beiden zusätzlich aufgenommenen Abschnitte kaum bemerkbar machen. Ganz im Gegenteil: Das Ungerechtigkeitsempfinden bei der Auswahl der Erdkabel-Trassen wird durch dieses Gesetz noch zusätzlich verstärkt. Die Bundesregierung muss ein Gesetz vorzulegen, dass die Erdverkabelung überall dort ermöglicht, wo Natur- und Anwohnerschutz dies notwendig macht. Denn nur so kann man die Akzeptanz für die Energiewende erhalten. Meine Rede im Bundestag dazu findet sich [HIER](#).

10) Studie: Weiteres Festhalten am Erdöl führt zu Preiskollaps

Die drastisch gefallenen Ölpreise erzeugen kurz- und mittelfristig erhebliche Preisrisiken. Es gibt nur eine Strategie aus diesem Dilemma: Weg vom Öl! Zu diesen Ergebnissen kommt eine von uns beauftragte Studie. Der Studienauftragnehmer Dr. Bukold führt für den Preiskollaps dabei zwei Hauptursachen an: Eine Überversorgung des Marktes und eine Lähmung des OPEC-Kartells, das sich nicht – wie 2008/2009 – zu einer Produktionskürzung durchringen konnte. Gleichzeitig warnt er vor hohen Preisanstiegen in den kommen Jahren. Deshalb ist es jetzt an der Zeit in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu investieren. Doch was machen Union und SPD? Statt die Einsparungen durch den niedrigen Ölpreis zu nutzen, schauen sie tatenlos zu und verpassen die Chance, in Klimaschutz und Energieeffizienz zu investieren. Weitere Infos und die Studie finden sich [HIER](#).

11) Auswertung Fachgespräch: Ölpreisentwicklung

Über ein Drittel der hierzulande verbrauchten Energie wird aus Erdöl gewonnen. Deutschland ist bei der Deckung seines Rohölbedarfs zu 98 Prozent auf Importe angewiesen – und freut sich wie andere Länder auch, dass trotz des weiterhin hohen Verbrauchs der Ölpreis in den letzten Monaten vor allem eine Richtung kennt: Nach unten. Erdöl ist derzeit so günstig wie letztmalig 2009, inmitten der Finanzkrise. Über 70 TeilnehmerInnen diskutierten beim [Fachgespräch ‚Niedriger Ölpreis: Auswirkungen auf Klimaschutz und Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare‘](#) in Berlin auf Einladung der Grünen Bundestagsfraktion über die Folgen des über- raschend gesunkenen Ölpreises für Erneuerbare und Effizienz.

12) Kinotipp zum Kohleabbau: ‚La buena vida – Das gute Leben‘

Kolumbien gehört zu den größten Steinkohleexporteuren der Welt. Ein Großteil der Steinkohle wird auch in deutschen Kraftwerken verfeuert. Doch der Preis für den Abbau im Land ist hoch. Die Grüne Bundestagsfraktion hat sich in den letzten Jahren mehrfach mit den schlimmen Folgen des Steinkohlebergbaus in Kolumbien beschäftigt. Auch ich habe mir vor Ort ein Bild gemacht. Ein engagiertes Filmteam hat die Umsiedlung der indigenen Dorfgemeinschaft Wayúu durch die Ausweitung des Steinkohleabbaus über Jahre begleitet. Es wird ein ungleicher Kampf. Auf der einen Seite die Dorfbewohner, auf der anderen ein multinationaler Kohlekon- zern. Der Kampf um ihr Leben in den Wäldern wird schon bald zum Existenzkampf. Dieser beeindruckende Film startet am 14. Mai in den Kinos. Weitere Infos, Trailer und wo er gezeigt

wird finden sich [HIER](#).

Agrar/ Ernährung

13) Energy Drinks: Schwarz-Rot rechnet sich Gefahr schön

Seit Jahren warnen Forscher und Gesundheitsbehörden, wie das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) vor einem zu hohen Koffeinkonsum durch Energy Drinks und Shots. Dieser birgt insbesondere für Kinder und Jugendliche Risiken. Doch all das scheint die Bundesregierung wenig zu interessieren. Die Antworten der Bundesregierung auf unsere [Grüne Anfrage](#) zeigen, dass sie die Risiken nicht ernst nimmt. Und noch schlimmer: Sie rechnet sich den Energy-Drink-Konsum von Jugendlichen sogar noch schön. Mehr Infos dazu [HIER](#).

14) Die Zukunft der Milcherzeugung nach Ende der Milchquote

Nach 31 Jahren lief zum 01. April die Milchquote aus. Doch bereits jetzt ist klar, dass es für die Milchbauern dadurch nicht besser wird. Bereits am Folgetag des Auslaufens der Milchquote – am 2. April – brachen die Milchpreise am Weltmarkt um 10,8% ein. Jetzt zeigt sich, dass sich die Hoffnungen auf Gewinne für Milchbauern am Weltmarkt sich in Luft auflösen. Die Heilsversprechungen der Milchtroika aus Union, Bauernverband und Milchindustrie auf Goldene Zeiten für die Milchwirtschaft erweisen sich damit als Farce. Der Preisabsturz macht die Unsinnigkeit und die Gefahren der Exportausrichtung überdeutlich. Eine [Studie im Auftrag der Grünen Bundestagsfraktion zur Zukunft der Milcherzeugung](#) kommt zu dem Ergebnis, dass bei einem ungehinderten Anstieg der Angebotsmengen auf dem Milchmarkt ohne Sicherheitsnetz und Kriseninstrumente in den kommenden fünf Jahren bis 2020 mit dem Verlust von weiteren 20 Prozent der Betriebe zu rechnen ist. Die Grüne Bundestagsfraktion hat dazu vor wenigen Tagen auch ein öffentliches Fachgespräch organisiert. Weitere Infos dazu finden sich [HIER](#).

15) Schwarz-Rot ignoriert Handlungsbedarf bei nachhaltiger Waldbewirtschaftung

Das Bundeskartellamt sieht in der gebündelten Vermarktung von Rundholz eine Monopolstruktur und fordert nun eine getrennte Vermarktung des Holzes. Darum hat es auf Initiative der Sägeindustrie ein Kartellverfahren angestrengt und weitere solcher Verfahren angekündigt. Doch das ist ein Angriff auf eine nachhaltige Waldbewirtschaftung durch die bewährten Forstverwaltungen. Wälder sind nicht nur Lieferanten für den Rohstoff Holz, sondern haben vielfältige Funktionen. Die Bundesregierung stellt aber einmal mehr kurzfristige Parteipolitik über dringenden Handlungsbedarf und das Wohl unserer Umwelt. Sie lehnte unseren [Grünen Antrag Nachhaltige Waldbewirtschaftung sicherstellen – Kooperative Holzvermarktung ermöglichen](#) ab. Alle weiteren Infos zum Thema [HIER](#).

16) Kinotipp zur Welternährung: ‚10 Milliarden – Wie werden wir alle satt?‘

Im Laufe dieses Jahrhunderts wird die Weltbevölkerung auf zehn Milliarden anwachsen. Doch wo soll die Nahrung herkommen, die jeder Einzelne täglich zum Überleben benötigt, und von der bereits heute jeder Sechste zu wenig hat. Wie können wir verhindern, dass die Menschheit allein durch ihr Wachstum die Grundlage für ihre Ernährung zerstört? Regisseur Valentin Thurn hat mit seinem letzten Film ‚Taste the waste‘ aufgezeigt, welche immensen Mengen an Lebensmitteln heutzutage ungenutzt auf den Müll wandern. Damit hat er eine breite Öffentlichkeit angesprochen und eine intensive gesellschaftliche Debatte über Deutschland hinaus entfacht. Jetzt geht er einen Schritt weiter und rückt in seinem neuen Dokumentarfilm "10 Milliarden" die Landwirtschaft als Basis der Welternährung in den Mittelpunkt. Den Trailer und Kinofinder gibt es [HIER](#).

17) Öffentlich-Private Partnerschaft – Reine Preistreiberei?

Am 21. April hat die Kommission unter dem Vorsitz von Ökonom Fratzscher ihren Bericht zum Investitionsstau in Deutschland offiziell dem Bundeswirtschaftsministerium übergeben. Dieser Bericht eröffnet eine dringend notwendige Diskussion über notwendige Investitionen in unsere völlig marode Infrastruktur. Die Ergebnisse des Berichts allerdings sind in einigen Punkten höchst fragwürdig. Er fordert z. B. die faktische Privatisierung von Autobahnen und Bundesstraßen. Hohe Profiterwartungen von Investoren und Kapitalgebern werden Bau und Erhalt der Autobahnen und Straßen verteuern. Das zeigen alle bisherigen Öffentlich-Private-Partnerschafts-Projekte im Straßenbau. Dafür zu Kasse gebeten werden aber allein die Steuerzahler. Dabei ist eine Bundesfernstraßengesellschaft in dieser Form nichts anderes als eine Umgehung der Schuldenbremse Deutschlands. Statt die Privatisierung von Straßen voranzutreiben, muss die Bundesregierung die vorhandenen Mittel endlich in den Erhalt der Straßen investieren. Weitere Infos [HIER](#). Dazu gab es im Bundestag eine Aktuelle Stunde. Klar ist, die organisierte Verantwortungslosigkeit bei der Straßenbauverwaltung muss angepackt werden. Das darf aber nicht dazu führen, dass am Ende Bundesautobahnen und Bundesstraßen zum Rettungsschirm für gescheiterte Finanzprodukte der Versicherungswirtschaft werden. Doch genau das hat die Bundesregierung anscheinend vor. Meine komplette Rede findet sich [HIER](#).

18) Beim Fluglärm ist die Bundesregierung untätig

Fluglärm gefährdet nachweislich die Gesundheit und erzeugt Stress. Viele Menschen im Umland deutscher Flughäfen sind diesen hohen Lärmbelastungen ausgesetzt. Besonders Kinder, ältere und kranke Menschen sind für die schädlichen Wirkungen von Lärm besonders sensibel. Zwar sind neue Flugzeuge deutlich leiser geworden, doch der rasante Anstieg des Luftverkehrs und der lange Einsatz älterer Flugzeugtypen führen dazu, dass Fluglärm ein höchst drängendes Problem bleibt. Wir wollen den Fluglärm wirksam reduzieren. Die Bundesregierung dagegen bleibt untätig und lässt die Menschen im Stich. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.